

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Carsten Ubbelohde (AfD)

vom 13. März 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. März 2025)

zum Thema:

**„Kommt Corona doch aus dem Labor?“
Deutscher Bundesnachrichtendienst vermutet Laborunfall als Ursprung der
Corona-Pandemie – Kritik an Geheimhaltung durch das Kanzleramt**

und **Antwort** vom 31. März 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. März 2025)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Herrn Abgeordneten Carsten Ubbelohde (AfD)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/21 975

vom 13. März 2025

über „Kommt Corona doch aus dem Labor?“

Deutscher Bundesnachrichtendienst vermutet Laborunfall als Ursprung der
Corona-Pandemie – Kritik an Geheimhaltung durch das Kanzleramt

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht ohne Beziehung der Charité -
Universitätsmedizin Berlin (Charité) beantworten kann. Sie wurde daher um
Stellungnahme gebeten.

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Medienberichten zufolge kam der Bundesnachrichtendienst (BND) bereits im Jahr 2020 zu dem Schluss, dass
ein Laborunfall in Wuhan mit hoher Wahrscheinlichkeit für die Entstehung der weltweiten Corona-Pandemie
verantwortlich sein könnte. Diese Informationen wurden jedoch im Kanzleramt unter Verschluss gehalten.^{1, 2}
Es steht im Raum, dass wichtige Informationen dem Bundestag bzw. den Parlamenten bewusst vorenthalten
wurden. Die Enthüllungen nähren den Vorwurf, dass Regierung und Kanzleramt aus politischen und/oder
diplomatischen Gründen die Labor-Hypothese nicht öffentlich gemacht haben. Zudem stellt sich die Frage,
ob dadurch frühzeitig mögliche Konsequenzen für das Pandemiemanagement, die internationale

¹ Was jetzt? / Ursprung des Coronavirus. Kommt Corona doch aus dem Labor? [<https://www.zeit.de/politik/2025-03/ursprung-corona-virus-nachrichtenpodcast>];
12.03.2025.

² Ebd.

Zusammenarbeit oder weitere Untersuchungen verhindert oder erschwert wurden. Aufklärung tut not, insbesondere da der Umgang mit der Pandemie in Deutschland, auch in Berlin, zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaften beitrug und ein massives Misstrauen in Regierungen und Institutionen verursacht hat.

1. Warum wurden die Erkenntnisse des BND über den möglichen Laborunfall als Pandemieursache unter Verschluss gehalten, und welche politischen bzw. gesellschaftlichen Konsequenzen könnte diese Geheimhaltung haben?

Zu 1.:

Dem Senat liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

2. Inwieweit beeinflussen die neuen Erkenntnisse die öffentliche Debatte über Chinas Verantwortlichkeit?

Zu 2.:

Dem Senat liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

3. Erst Ende 2022/Anfang 2023 wurden externe Experten (darunter Prof. Christian Drosten und Vertreter des Robert-Koch-Instituts) mit der Überprüfung der BND-Erkenntnisse beauftragt. Ist dem Senat bekannt, ob und warum dies erst so spät geschah

Zu 3.:

Dem Senat liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

4. Ist nach Auffassung des Senats ein Beteiligter an der öffentlichen Debatte zugleich geeigneter Gutachter, wenn er zuvor eine andere Linie vertreten hat (Prof. Drosten hatte zu Beginn der Pandemie selbst öffentlich die Labor-Hypothese eher ausgeschlossen³)?

Zu 4.:

Über die Eignung als Gutachter entscheidet allein die einschlägige Fachkompetenz. Prof. Drosten wurde nach Auskunft der Charité neben einer Reihe anderer Fachexperten und Fachexpertinnen vom BND geladen. Er selbst hatte keinen Einfluss auf seine Auswahl und der Zweck der Einladung zum BND wurde ihm im Vorfeld nicht mitgeteilt.

³ Vgl.: NDR-Podcast „Coronavirus-Update“, insbesondere Folgen 2, 10, 44. Am 19. Februar 2020 wurde in der Fachzeitschrift *The Lancet* eine Stellungnahme internationaler Wissenschaftler veröffentlicht. Darin heißt es u. a., dass „Verschwörungstheorien über die Herkunft von SARS-CoV-2“ scharf zurückgewiesen werden, da die aktuell verfügbaren Daten eindeutig auf eine Entstehung in der Natur hindeuten [URL: DOI: 10.1016/S0140-6736(20)30418-9]. Die gemeinsame Veröffentlichung verdeutlicht, dass Drosten zusammen mit anderen führenden Virologen und Epidemiologen die Annahme eines Laborsprungs entschieden für unwahrscheinlich hält.

Prof. Drosten hat nachlesbar zu keinem Zeitpunkt eine vorab festgelegte Position zum Gegenstand bezogen. Die zur jeweiligen Zeit vorhandene Daten- und Erkenntnislage hat er kommuniziert und durch Literaturbelege nachgewiesen.

Der erste Termin von Prof. Drosten beim BND war nach Angaben der Charité am 8. Januar 2025. Auch danach blieben und bleiben aus seiner Sicht viele Fragen hinsichtlich der Belastbarkeit der vorgelegten Daten offen. Dennoch hat er bei seiner nächsten öffentlichen Äußerung – ein taz-Interview am 15. Januar 2025 – direkt und erkennbar eine Veränderung seiner summarischen Einschätzung kommuniziert, ohne dabei gegen die bestehende Geheimhaltungsverpflichtung zu verstoßen. Allein daran ist abzulesen, dass Prof. Drosten stets getreu der Informationslage und ohne inhaltliche Präferenz oder Beeinflussung kommuniziert hat.

5. Gerade in den ersten Monaten der Pandemie war Berlin (als Hauptstadt und Stadtstaat) Schauplatz vieler Krisensitzungen, wobei auch Land und Bund eng abgestimmt agierten. Hat der Berliner Senat seinerseits ausreichende Transparenz gegenüber dem Abgeordnetenhaus in Berlin gewahrt?
6. Gab es (vielleicht) Hinweise auf die Labor-Theorie, die dem Senat frühzeitig bekannt waren (sofern zutreffend, wann), jedoch nicht kommuniziert wurden? D. h., hat der Senat von Hinweisen auf eine Labor-Herkunft des Virus gewusst?
7. Welche Informationen wurden ggf. vom Bund weitergegeben (welche nicht)?

Zu 5., 6. und 7.:

Dem Senat liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

8. Inwieweit waren Berliner Einrichtungen (Charité, RKI) eingebunden und hat der Senat deren Rolle kritisch hinterfragt?

Zu 8.:

In die Erforschung der sogenannten Labor-These war die Charité nach eigenen Angaben nicht eingebunden. Beim RKI handelt es sich nicht um eine Einrichtung des Landes Berlin, sondern eine selbständige Bundesoberbehörde.

9. Der Berliner Virologe Christian Drosten (Charité), der auch in die jetzige Prüfung der BND-Erkenntnisse einbezogen ist, hat die öffentliche Debatte stark mitgeprägt. Inwieweit hat der Senat die wissenschaftliche Beratung während der Pandemie gesteuert oder beeinflusst, da die Charité als landeseigene Einrichtung des Landes Berlin fungiert?

Zu 9.:

Der Senat hat die wissenschaftliche Beratung während der Pandemie nicht gesteuert oder beeinflusst. Die wissenschaftliche Unabhängigkeit von Prof. Drosten war stets gegeben.

10. Inwieweit haben eventuell Aussagen von Berliner Wissenschaftlern maßgeblich die politische Linienbildung in der Hauptstadt (und teils bundesweit) bestimmt?

Zu 10.:

Dem Senat liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

11. Gibt es künftig Konsequenzen im Hinblick auf Transparenz, Risikobewertung und Austausch mit Bundeseinrichtungen?

Zu 11.:

Dem Senat liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

12. Inwieweit hat der Berliner Senat während der Einführung der Pandemie-Maßnahmen auf wissenschaftliche Kontroversen zur Virusentstehung und -übertragung eingegangen? Wurden einseitige Narrative übernommen, ohne vorhandene Zweifel an die Öffentlichkeit zu tragen?

Zu 12.:

Dem Senat liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

13. Welche Konsequenzen zieht der Senat in puncto Sicherheit und Transparenz für Berliner Forschungslabore aus diesen neuen Erkenntnissen?

Zu 13.:

Nach Auskunft der Charité wurde und wird dort keine Forschung durchgeführt, die die Erhöhung der Gefährlichkeit oder Übertragbarkeit von Viren beinhaltet.

Die Einrichtung und der Betrieb von Forschungslaboren unterliegen strengen Regelungen und Kontrollen.

14. Inwieweit hätte der Berliner Senat sein Pandemiemanagement anders gestaltet, wenn er von den Informationen des Bundesnachrichtendienstes über die mögliche Entstehung der Corona-Pandemie durch einen Laborunfall in Wuhan gewusst hätte?
Welche Maßnahmen wären möglicherweise frühzeitig ergriffen worden, um weitere Untersuchungen zu erleichtern oder zu verbessern?

Zu 14.:

Dem Senat liegen hierzu keine Kenntnisse vor.

Berlin, den 31. März 2025

In Vertretung
Ellen Haußdörfer
Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege